◆ Der Industriestrompreis muss runter, sonst sind die Unternehmen gefährdet. Die Gießer haben dazu einen Aktionstag in Bielefeld mit Forderungen an die Politik veranstaltet. **Seite 2**

◆ Kein Roulette mit der Rente! Die IG Metall positioniert sich klar gegen eine Aktienrente und nennt dazu Argumente. **Seiten 2 und 3**

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.59 | Sommer 2023

Kräftiges Plus muss her

Ein kräftiges Plus ist dringlich, damit die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie nicht abgehängt werden. Um die Forderungen durchsetzen zu können, heißt es: Solidarität gewinnt!

Die Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie startet: Die Tarifkommission der IG Metall hat die Forderungen beschlossen: 8,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 250 Euro mehr, was vor allem für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen von Bedeutung ist.

Vorausgegangen war eine Diskussion der Tarifkommission, der neben Nikolaus Böttcher als Hauptamtlichen der IG Metall Detmold vor allem Betriebsräte der einzelnen lippischen Kunststoffbetriebe angehören. Zuvor hatte die IG Metall eine Umfrage in den Betrieben durchgeführt (siehe Seite 4).

In der vergangenen Tarifrunde konnten Ende November 2021 eine steuer- und abgabenfreie Corona-Prämie von 500 Euro, zwei tabellenwirksame Erhöhungen von 1,9 Prozent zum 1. April 2022 und weiteren 2,2 Prozent zum 1. Januar 2023 erreicht werden. Hinzu kam, dass die Arbeitgeber seitdem mehr in den Demografie-Topf einzahlen, der vor allem dazu dient, Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, vor dem gesetzlichen Rentenalter aus dem Job auszusteigen. Der Tarifvertrag läuft zum 30. September 2023 aus.

2021 zog die Inflation zwar bereits an, sie lag im Jahresmittel bei 3,1 Prozent. Damit war sie aber noch weit entfernt von den Zahlen, die ab Frühjahr 2023 folgen, vor allem ausgelöst durch den russischen Krieg gegen die Ukraine und den explodierenden Energiepreisen. Aktuell liegt die Inflation immer noch über 6 Prozent. Das Geld verliert also massiv an Wert.

Doch damit nicht genug: Die lippische Kunststoffindustrie ist gut durch die Corona-Krise gekommen mit den bekannten Problemen, überhaupt an Grundmaterial zu gelangen und kommt bislang auch gut durch die durch den russischen Krieg ausgelösten Verwerfungen. Der Druck in den Betrieben hat nochmals zugenommen. Die Beschäftigten schaffen immer mehr, haben Extra-Schichten gefahren und sind bis an ihre Grenze belastet worden. Dafür ist ebenfalls ein Plus nötig, welches sich den Lohn- und Gehaltstabellen wiederfinden muss.

Zur Tarifrunde halten wir Dich mit weiteren Informationen auf dem Laufenden.

WIR VERDIENEN MEHR!

Das fordern wir

8,5 % mehr Lohn & Gehalt & Ausbildungsvergütung

Mindestens 250 Euro mehr im Monat als Sockelbetrag

bei einer Laufzeit von 12 Monaten

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Tarifrunde steht vor der Tür. Die Forderungen haben wir in der Tarifkommission ausführlich diskutiert. Unsere Forderung nach 8,5 Prozent mehr Geld ist dabei absolut notwendig. Für manche mag sie sogar zu niedrig lauten, weil alle wissen, wie heftig die Inflation zuschlägt. Zugleich wissen wir, dass die lippische Kunststoffindustrie zwar gut durch die Krisen der vergangenen zwei Jahre gekommen ist, aber vor Herausforderungen steht.

Die Inflation schlägt gerade besonders bei den Lebensmittelpreisen zu. Das Statistische Bundesamt gibt die Inflation in Deutschland für den Mai 2023 mit 6,1 Prozent an, weist aber auch darauf hin, dass sich die Nahrungsmittel im Warenkorb, aus dem das Bundesamt die Inflationsrate ermittelt, innerhalb eines Jahres um sagenhafte 17,2 Prozent verteuert haben. Die Energiepreise sind zwar wieder runter auf das Niveau von 2021, aber die Preise im Supermarkt steigen einfach weiter. Handelsketten und Hersteller beschuldigen sich gegenseitig, die Preise zu treiben. Die Verbraucher haben jedoch keine Wahl: Lebensmittel müssen in den Kühlschrank und auf den Tisch. Die heftigen Preissteigerungen merken vor allem diejenigen, die wenig verdienen. Wer 10.000 Euro im Monat verdient, für den ist es egal wenn Käse oder Öl auf einmal das Doppelte kosten. Wer wenig verdient, muss jeden Cent zweimal umdrehen und kann sich vieles gar nicht mehr leisten.

Die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie brauchen alleine schon aus diesem Grund ein kräftiges Plus, der Sockelbetrag soll für die Kolleginnen und Kollegen in den unteren Gruppen ein solches sicherstellen.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Künstliche Intelligenz ist eigentlich dumm

Bill Gates, ein sehr reicher Mann mit einer Stiftung auf Weltmission, hat neulich erklärt, die Menschen müssten in Zukunft nicht mehr so viel arbeiten. Die künstliche Intelligenz werde das Arbeitsleben erleichtern. Als ehemaligem Chef von Microsoft liegt ihm eine solche Äußerung nahe, schließlich steckt Microsoft viel Geld, die Rede ist von 10 Milliarden Euro, in ChatGPT. Die Software kommt zwar von OpenAI, Microsoft investiert dort aber große Summen. Google und alle anderen großen Player ziehen nach. Künstliche Intelligenz ist gerade das große Ding.

Doch mindestens zwei Fragen stellen sich: Ist die künstliche Intelligenz tatsächlich intelligent? Und sind wirklich keine Arbeitsplätze in Gefahr?

Zur Intelligenz: Die Antworten werden tatsächlich besser, aber Intelligenz ist das nicht. ChatGPT arbeitet mit den Daten, die eingefüttert werden, verknüpft sie, berechnet Wahrscheinlichkeiten, verwendet einen Algorithmus und antwortet schließlich mehr oder weniger passend.

ChatGPT fehlen wesentliche Kategorien von Intelligenz: eigenständiges Denken und Empathie etwa. Die Software ist von Hause aus dumm – und für den Menschen trotzdem gefährlich.

Längst haben Technologien in den Alltag Einzug gehalten, die ähnlich sind: Sie alle, beziehungsweise ihre Erfinder, Programmierer und Verkäufer behaupten, das Leben der Menschen leichter und einfacher zu machen. Im Browser und Smartphone gibt es die bequeme »Auto-Vervollständigen«-Möglichkeit, mit der letztlich aber Begriffe eingeschränkt werden, weil die Vorschläge übernommen werden. Übersetzungsprogramme helfen, in anderen Sprachen zu kommunizieren, Navigationssysteme, von A nach B zu kommen. Das Leben wird einfacher, aber der Mensch verliert gleichzeitig Kompetenzen. Und: Die sogenannten künstlichen Intelligenzen nehmen dem Menschen Entscheidungen ab – oder ersetzen ihn ganz.

Die künstliche Intelligenz hat bereits vielfältige Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Aus der Rationalisierungsperspektive ist sie nur ein weiterer Schritt. Dass im Ergebnis alle Menschen frei und glücklich und ohne formale Arbeit leben, weil die Maschinen alle Arbeit übernehmen,ist jedoch eine Utopie, die nicht eintreten wird. Denn über Arbeitsverhältnisse werden auch gesellschaftliche Ordnungen hergestellt, kurz ein Oben und Unten. Desto wichtiger ist es, was die IG Metall seit Jahren verfolgt: die Entwicklung der digitalisierten Welt mitzubestimmen. Ein Zurück in der technologischen Entwicklung ist sehr unwahrscheinlich – entscheidend ist, was damit gemacht wird und wem die Technik dient.

Was dabei nicht zu kurz kommen darf, ist die Warnung vor künstlicher Intelligenz, die zur Überwachung eingesetzt wird: China spielt da eine unrühmliche Rolle, wenn es um Kamera-Überwachung im öffentlichen Raum geht. Aber auch in Betrieben droht mehr Überwachung und Auswertung. Das können Beschäftigte nicht wollen – Menschen sind sozial und keine Maschinen.

Es gilt also weiter genau hinzuschauen und immer zu fragen, wem die technologische Entwicklung nützt. Sonst wird, was die künstliche Intelligenz betrifft, wahr, was einige Kritiker als das Öffnen der »Büchse der Pandora« bezeichnen. Da käme also noch allerhand nach. Und zwar nichts Gutes.

kurz berichtet

Lieferkettengesetz

Schafft es das Lieferkettengesetz, die miserablen Arbeitsbedingungen in den meisten Ländern der Welt zu verbessern? Kinder- und Zwangsarbeit, schlechte oder gar keine Bezahlung, keine Rechte: das ist die Realität für Milliarden Menschen. Geschätzte 160 Millionen Kinder werden alleine in Steinbrüchen, bei der Gewinnung seltener Erden oder in Textilfabriken brutal ausgebeutet.

In Deutschland gilt bereits seit 1. Januar 2023 ein »Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz«. Auf Ebene der europäischen Union liegt die endgültige Fassung noch nicht vor– das Europäische Parlament will eine strengere Version, die Europäische Kommission, die sich aus den einzelnen Regierungen der Mitgliedsländer zusammensetzt, einen löcherigen Gesetzestext.

Im deutschen Lieferkettengesetz gilt aktuell eine Unternehmensgröße von 3.000 Beschäftigten. Das wird sich wahrscheinlich noch ändern, ab 2024 soll eine Grenze von 1.000 Beschäftigten gelten. Von den Unternehmen der lippischen Kunststoffindustrie wäre also ab 2024 Kingspan (ehemals Essmann) betroffen, ein Unternehmen mit deutlich mehr als 1.000 Beschäftigten. Alle anderen, weil kleiner, wären erstmal außen vor.

Wirtschaftsverbände haben vor Bürokratie gewarnt – wie sollen wir nur prüfen, ob in den Bleistiften, die wir verwenden, Kinderarbeit steckt – und damit davon abgelenkt, dass es nicht um Bleistifte und Radiergummis geht, sondern um die Rohstoffe und Vorprodukte, die massenhaft eingesetzt werden.

Beim Lieferkettengesetz geht im Kern darum, die globale Arbeitswelt durch einklagbare Regeln zu vermenschlichen. Es geht um soziale Nachhaltigkeit und darum, was die Gewinnung der Rohstoffe insgesamt angeht, beispielsweise um die Behandlung und Entsorgung von Schadstoffen.

Die Unternehmen werden also gezwungen, sich stärker mit dem Thema zu beschäftigten, unter welchen Bedingungen ihre Rohstoffe und Vorprodukte überhaupt zu Stande gekommen sind. Sie haben nun eine Sorgfaltspflicht und müssen Risikomanagement betreiben. Kommen sie ihren Pflichten nicht nach, drohen Bußgelder bis zu 2 Prozent des Jahresumsatzes.

»Lieferketten sollten ein Thema sein, beispielsweise im Wirtschaftsausschuss. Der Betriebsrat kann Transparenz einfordern und Alternativen diskutieren«, sagt Nikolaus Böttcher von der IG Metall Detmold, »Faire Bezahlung, Tarifverträge, Mitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz – all das sollte nicht am eigenen Werkstor aufhören, sondern, so weit wie möglich, auch von den weltweit verstreuten Lieferanten eingefordert werden«.

Industriestrompreis runter jetzt

IG Metall und der Bundesverband der Deutschen Gießereiindustrie haben bei einem Aktionstag einen fairen Industriestrompreis gefordert. Gleicher ist auch für die Kunststoffindustrie nötig.

Zum Aktionstag kamen am 24. Mai rund 1.000 Gießer nach Bielefeld. Mit dem »Bielefelder Appell« sendeten sie ein klares Signal nach Berlin: Wir brauchen einen fairen Industriestrompreis, nicht irgendwann sondern möglichst sofort. Die Eisengießereien machen aus Schrott Guss und brauchen dafür jede Menge Strom. Technologisch lassen sich die Verfahren zwar optimieren, aber an physikalischen Gesetzen ändert dies nichts: rund 1.600 Grad Celsius werden benötigt, um das Eisen einzuschmelzen. Bezahlten Gießereien vor dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine 3 Cent pro Kilowattstunde, so sind es jetzt teilweise über 40 Cent.

Zwar hat die Bundesregierung eine Strompreisbremse für energieintensive Unternehmen erlassen, die auch für die Kunststoffindustrie gilt. Der Deckel von 13 Cent greift aber nur für 80 Prozent des Verbrauchs. Und die Bundesregierung hat angekündigt, die Bremse im Frühjahr 2024 auslaufen zu lassen. Die Unternehmen müssen in Vorleistung gehen, das Verfahren ist aufwändig, die staatliche Erstattung keineswegs ein Selbstläufer. Teilweise wird es bis 2025 dauern, bis Geld vom Staat kommt.

Die Politik ist also gefordert. »Es braucht gute Jobs und zugleich Klimaschutz. Grüner Strom ist aber noch nicht kontinuierlich in den Mengen und zu den Preisen verfügbar, die nötig sind. Für mittelständische, energieintensive Unternehmen fehlen bislang praktikable Lösungen. Für die nächsten Jahre brauchen wir noch eine Brücke mit bezahlbarer Energie. Sonst haben wir irgendwann überall grünen Strom, aber keine Industrie mehr«, sagt Jürgen Kerner, Hauptkassierer im IG Metall Vorstand. Es braucht planbare, verlässliche und wettbewerbsfähige Energiekosten. Sonst würde auch die Kunststoffindustrie in Länder abwandern, in denen Strom weniger kostest.

Auf den Weg machen

Der Weg zum nachhaltigen Kunststoff ist noch weit, aber unumgänglich. Die IG Metall will die Entwicklung mitgestalten. Das Ziel: die Arbeitsplätze so umzubauen, dass sie erhalten bleiben. Dazu hat sie ein eigenes Projekt gestartet (siehe auch Nachdruck 58)

Nachhaltiger Kunststoff benötigt nachhaltige Vorprodukte, also kein Granulat aus Erdöl mehr – und auch den flächendeckenden Einsatz von Strom aus Windkraft, Solar & Co in der Produktion. »Die lippischen Kunststoffbetriebe sind da durchaus aktiv, sie installieren beispielsweise Solarpanele auf Hallendächern. Sie sind als Unternehmen aber zu klein, um die Stromversorgung komplett eigenständig zu übernehmen und CO-2 neutral zu machen«, sagt Daniel Salewski. Er braucht also Kooperationsmodelle, etwa mit Stadtwerken, die ihrerseits Windparks aufbauen oder andere regenerative Quellen nutzen.

Warum ist der Strompreis so hoch?

Die Strom- und Gaspreise an den Börsen sind 2023 wieder deutlich gesunken und befinden sich auf dem Niveau vom Sommer 2021, also vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine. **Der Strom kostet an der Börse aktuell nur noch rund ein Sechstel von dem, was im Sommer 2022 aufgerufen wurde.** Trotzdem gehen die Preise für die Haushalte und für die Industrie nur langsam zurück. Woran liegt das?

- Im vergangenen Jahr wurde argumentiert, verantwortlich sei das **›Merit Order‹-Prinzip**. Kurz gesagt, das teuerste Gebot setzt den Preis. Ist Strom aus Gas gerade besonders teuer, definiert dieser Preis den Strompreis. Alle anderen, die günstiger produzieren können, etwa Windkraft, erhalten auch diesen Preis, streichen also kräftige Gewinne ein. Bis heute ist das Merit Order-Prinzip in der Europäischen Union nicht gekippt, obwohl es sich nicht als krisentauglich erwiesen hat. Aktuell sind die Gaspreise – Strom wird zu rund einem Sechstel aus Gaskraftwerken gewonnen – jedoch wieder runter, der Strompreis beim Verbraucher jedoch kaum.
- Diese Schere – seit Monaten gesunkene Börsenpreise und weiterhin hohe Preise für die Verbraucher – erklärt sich vor allem mit **anhaltenden Gewinnmitnahmen** großer Energiekonzerne. Für sie war 2022 ein Rekordjahr mit sagenhaften Gewinnen. Es braucht dringend eine wirksame Abschöpfung der Übergewinne und weitere Regulierungen. Industrie und Haushalte leiden, während die Energiekonzerne Party machen – dem muss ein Ende gesetzt werden.
- Hinzukommt, dass kleinere Versorger wie etwa Stadtwerke oder auch Industrieunternehmen im Sommer 2022 verständlicherweise Panik bekommen haben, weil angenommen wurde, die Preise steigen noch weiter. Sie haben dann **ungünstige, weil teure Verträge** abgeschlossen. Solche Vertragsbindungen halten den Preis für die Abnehmer hoch, obwohl er an der Börse wieder deutlich runter ist.

Kein Roulette mit unserer Rente

Wie geht es weiter mit der Rente? Die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er gehen bald in Rente – oder sind es schon. Die demografische Entwicklung ist schwierig: Die Pyramide wird immer mehr zu einem unten recht kahlen Weihnachtsbaum, der Unterbau, die Jüngeren, werden immer weniger, die Älteren mehr. Das Rentensystem war immer ein solidarisches, ein Generationenvertrag: Die Jüngeren, die dann später auch mal alt sind, sorgen dafür, dass genug Geld in der Rentenkasse ist. Das System droht jedoch aus den Fugen zu geraten, wenn erheblich weniger einzahlen und Geld aus der Kasse von der Bundesregierung zweckentfremdet wird. Ein beliebtes Rezept von Regierungen ist es, dass Renteneintrittsalter auf später zu legen – in Frankreich hat die Regierung Macron gegen den erbitterten Widerstand von großen Teilen der Bevölkerung und der Gewerkschaften die Rente mit 64 durchgepeitscht. In Deutschland sind es bald 67 Jahre, Arbeitgeberverbände und konservative Politiker peilen inzwischen die 70 an.

Auch gibt es die Idee, die gesetzliche Rente nicht mehr nur mit den Beiträgen der Arbeitgeber und Beschäftigten zu füttern, sondern am Aktienmarkt zu kapitalisieren. Unter anderem hat die Aktienrente Bundesfinanzminister Christian Lindner ins Spiel gebracht. Dem erteilt die IG Metall eine klare Absage. »Für die Rente müssen Sicherheit und Ergiebigkeit gelten«, sagt Hans-Jürgen Urban, IG Metall-Vorstandsmitglied, beides sei über ein kapitalgedecktes System nicht gewährleistet. »Die Rente muss verlässlich immer zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgezahlt werden. Das ver-

Unterschiedliche Lage

Während es bei Coko weiter gut läuft, sind die Aufträge bei Oskar Lehmann eingebrochen. Dort gilt seit 1. Juni sogar Kurzarbeit.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage weiterhin zufriedenstellend. 307 Beschäftigte arbeiten dort; im ersten halben Jahr gab es damit zehn Neueinstellungen. 10 bis 15 Leiharbeitnehmer sind im Betrieb beschäftigt. Neun junge Menschen werden ausgebildet. Gearbeitet wird von montags bis freitags, Überstunden fallen keine an.

Die Verhandlungen des Betriebsrats mit dem Arbeitgeber über eine Betriebsvereinbarung zum Jobrad sind indes abgeschlossen. Die entsprechende Betriebsvereinbarung gilt seit dem 1. April 2023. Damit gilt ein Leasingmodell. Wer dazu mehr Informationen möchte, wende sich bitte an den Betriebsrat.

War bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop die Auftragslage im März noch gut, hat sie sich jetzt drastisch verschlechtert. Die Bestellungen haben sich nach dem ersten Quartal 2023 erheblich reduziert, in allen Absatzsegmenten, aber vor allem in Bezug auf den Hauptkunden aus der Automobilbranche. Entsprechend sind die Maschinen nicht ausgelastet.

Dem Auftragsmangel begegnet Oskar Lehmann seit 1. Juni mit Kurzarbeit für die 245 Beschäftigten. »Die Aufrechterhaltung der Vollarbeitsleistung für den gesamten Betrieb kann unter diesen wirtschaftlichen Voraussetzungen derzeit nicht gewährleistet werden«, sagt Thomas Bergmann, Betriebsratsvorsitzender, »eine Kompensation ist kurzfristig nicht möglich, da auch in anderen Kundenbranchen wie Möbel und Handel ein Rückgang im Auftragseingang vorliegt«. Der Betriebsrat sieht aktuell keine Alternative zur von der Geschäftsführung beschlossenen Kurzarbeit und hat dieser zugestimmt. »Es geht darum, unsere Arbeitsplätze zu sichern. Wir hoffen, dass wir nach den Sommerferien wieder in eine stabile Auftragslage zu kommen«, ergänzt Thomas Bergmann.

Besser sieht es bei **Coko** in Bad Salzuflen aus Die Auftragslage ist gut, die Zahl der Beschäftigten stabil. »Wir sind gut unterwegs«, sagt Martin Brummermann, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Es zahle sich aus, in den vergangenen Jahren kräftig investiert zu haben und einigen automatisierten Abläufen sogar Alleinstellungsmerkmale erzielt haben. Viel Know-How wird zur Zeit in eine Neuentwicklung für einen Autohersteller gesteckt: Es geht um eine vollautomatische Ladebuchse, die Coko zusammen mit einem Automobilzulieferer entwickelt und die dann auch bei Coko hergestellt werden soll.

Coko hat soviel zu tun, dass Mehrarbeit nötig ist, um die Aufträge fristgerecht abarbeiten zu können. Doch die Bezirksregierung hat weiterer Sonntagsarbeit einen Riegel vorgeschoben. Beantragt hatte Coko weitere Sonntagsarbeit bis Ende Juli. Da aber in diesem Jahr bereits an fünf Sonntagen gearbeitet wurde, was die Grenze dessen darstellt, was relativ problemlos genehmigt wird, hat die Bezirksregierung nun abgelehnt. Der Betriebsrat hat aber eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die gute Zulagen die zwei Schichten, die nun samstags gefahren werden und die eine Nachtschicht, die sonntags um 22 Uhr beginnt, vorsieht. Es wird zusätzlich zu den Zulagen, die es sowie tarifvertraglich gibt, eine Sozialzulage von 125 Euro pro Schicht geben.

Eine Betriebsvereinbarung zum Jobrad konnte bei Coko hingegen nicht abgeschlossen werden. Der Arbeitgeber sperrt sich und versuchte einen Kuhhandel: Jobrad gibt es nur, wenn zugleich eine Betriebsvereinbarung zum »Anheizen« unterschrieben werde. Das machte der Betriebsrat nicht mit, er sieht weiter Verhandlungsbedarf über die Betriebsvereinbarung, die regeln soll, dass Beschäftigte früher in den Betrieb kommen sollen, um Maschinen hochzufahren. »Zwei so unterschiedliche Themen zu verknüpfen, nach dem Motto: Ihr bekommt das Jobrad, wenn ihr die Kröte zum Anheizen schluckt, das machen wir nicht mit« sagt Martin Brummermann. Kleiner Tipp am Rande: Die Preise für Fahrräder sinken gerade wieder deutlich, es gibt Sonderangebote und Rabatte, weil der große Boom der Corona-Jahre erst mal vorbei ist. Es lohnt sich möglicherweise, selbst und ohne Leasingmodell des Arbeitgebers nach einen Rad Ausschau zu halten.

Coko hat in den vergangenen Monaten Personal aufgebaut und macht da aktuell weiter, vor allem im Helferbereich. Ansonsten gilt es übliche Fluktuation, Kollegen hören auf oder gehen in Rente, Neue kommen. »Gesucht sind unsererseits gerade Automatisierer und Maschinenrüster«, sagt Martin Brummermann.

Coko hat wie alle anderen Hersteller auch die Preise erhöhen müssen. Bislang klappt das meistens, mit vielen Abnehmern laufen Verhandlungen. »Eine Garantie gibt es aber nicht. Ein Möbelhersteller hat uns inzwischen verlassen«, sagt Martin Brummermann. Viel Kapital ist aktuell auch gebunden durch Rohstoffe oder auch Verpackungsmaterial. Es wurde vorsorglich zusätzlich beschafft, um in der aktuell unsicheren Lage mit ihren globalen Krisen gewappnet zu sein.

Großalarm gab es in der Woche vor Pfingsten: Starkregen ließ Teile der Gebäude volllaufen, die Kanäle schafften die Wassermassen nicht. Kurzzeitig musste die Produktion eingestellt werden. Andauernde Schäden gab es glücklicherweise aber nicht.

Bei **›Kingspan Light & Air GmbH‹**, vormals Essmann, berichtet der Betriebsrat von einer noch zufriedenstellenden, aber rückläufigen Auftragslage. Für den Sommer plant die Geschäftsführung trotzdem, vermehrt Aushilfen einzustellen und Leiharbeiter einzusetzen – aktuell sind Leiharbeitnehmer gar nicht im Betrieb.

Der Standort Detmold ist nun aufgelöst. »Dadurch sind bei uns aber eine Menge Probleme entstanden«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende. Insgesamt ist der Platz weniger geworden, weil die Lichtbandfertigung nun auch in Bad Salzuflen. »Unsere Produktivität ist deutlich gesunken, Maschinen stehen ungünstig, Laufwege verlängern sich, Arbeitsplätze sind verengt oder liegen nun an Toren, die ständig auf und zu gehen. Der Materialfluss ist nicht mehr gegeben«, ergänzt Halil Annac. Nicht nur die Produktivität leidet, auch die Arbeitsbedingungen sind schlechter geworden. Der Betriebsrat fordert schon seit Monaten die Geschäftsführung auf, die Situation deutlich zu verbessern.

Auslaufen lässt die Geschäftsführung die Zukunftsvereinbarung, die eine Beschäftigungssicherung beinhaltete. Zum 30. Juni ist Schluss. Zwar hat die Geschäftsführung angeboten, über eine neue Vereinbarung zu verhandeln, allerdings ohne Beschäftigungssicherung. »Das macht für uns keinen Sinn. Wir sind nun ab Juli in der Situation, dass die Geschäftsführung wieder betriebsbedingte Kündigungen aussprechen kann«, sagt Halil Annac.

Kurz vor Abschluss steht eine Betriebsvereinbarung zur Software »Saleforce«. Sie soll im Außendienst eingesetzt werden und Daten auf einen Blick bieten. Der Betriebsrat achtet darauf, dass Persönlichkeitsrechte, Arbeitsschutz und Datenschutz nicht ausgehebelt werden. Auch die Betriebsvereinbarung zum Jobrad steht und liegt nun dem Arbeitgeberverband und der IG Metall vor.

recht praktisch

Kündigungsfrist auch für Änderungsangebote

Eine Erzieherin wollte es wissen: Sie hielt das Änderungsangebot ihres Arbeitgebers für inakzeptabel und zog vor Gericht. Sie sollte nach dem Dafürhalten des Arbeitgebers künftig um fünf Entgeltgruppen niedriger als Reinigungskraft arbeiten. Im Juni 2021 kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis ordentlich zum Jahresende 2021 und bot der Klägerin an, den Vertrag bereits ab Juli 2021 zu geänderten Bedingungen als Reinigungsfachkraft fortzusetzen.

Die Klägerin nahm dieses Änderungsangebot nicht an, auch nicht unter dem von § 2 Kündigungsschutzgesetz (KSchG) vorgesehenen Vorbehalt der Überprüfung der sozialen Rechtfertigung der ausgesprochenen Kündigung. Aus gesundheitlichen Gründen könne sie möglicherweise Teilaspekte ihrer Tätigkeit nicht mehr vollständig erbringen. Das führe jedoch nicht dazu, dass sie per au als Erzieherin nicht mehr einsetzbar sei. Außerdem habe der Arbeitgeber für die angebotene Änderung der Arbeitsbedingungen die gesetzlich vorgeschriebene Kündigungsfrist nicht eingehalten.

Das Arbeitsgericht beurteilt die Rechtslage eindeutig. Der Arbeitgeber müsse prüfen, ob das Beschäftigungsbedürfnis des Betroffenen zu den bisherigen Vertragsbedingungen entfallen sei. Und: Arbeitnehmer seien grundsätzlich nicht verpflichtet, in eine schon früh wirkende Änderung des Vertrages einzuwilligen. Deshalb sei die Änderungskündigung der Beklagten mit einer angebotenen Verschlechterung der Vertragsbedingungen vor Ablauf der Kündigungsfrist unwirksam. Das Angebot der Beklagten stelle eine erhebliche Verschlechterung der ursprünglichen Arbeitsbedingungen dar. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hätte aus Sicht des Arbeitsgerichts zumindest eine unveränderte Weiterzahlung der bisherigen Vergütung bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist erfordert.

Arbeitsgericht Erfurt, AZ 2 Ca 1138/21, Urteil vom 26.08.2022

Mach mit bei unserer Fotoaktion!

Sie läuft noch bis 11. Oktober – und soll unserer Tarifforderung ein Gesicht geben. Du kannst dein Foto auf der Website hochladen und damit zeigen, dass hinter unserer Forderung stehst.

Aktienrente: Keine Gute Idee

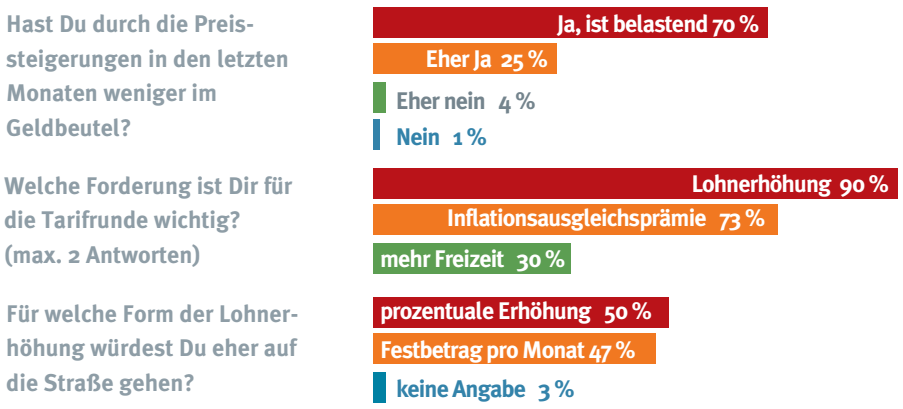
trägt sich nicht mit den Schwankungen an den Aktienmärkten«. Aktienrente würde, wie bei der Riesterrente auch, zudem bedeuten, dass sich weitere Akteure bedienen, also nicht der volle Ertrag in die Rente einfließt.

Der Schlüssel für eine sichere Rente liegt vielmehr auf dem Arbeitsmarkt. Es braucht massenhaft gut bezahlte Jobs – damit fließt weiter Geld in das umlagefinanzierte System. Aktuell weist die Rentenkasse übrigens 41 Milliarden Euro Plus auf, es ist also keine Ebbe in der Kasse, sondern ein Allzeithoch zu vermelden. Was bewusst angegangen werden müsste: eine Demografiereserve aufzubauen, als Vorsorge für schlechtere Zeiten. Und: Es müssen mehr Menschen in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Dazu gehören Selbstständige und auch Staatsbedienstete. Zwar können die laufenden Pensionen von Beamten nicht angetastet werden. Aber das Beamtentum mit seinen Privilegien soll kleiner werden. Sozialverbände fordern an dieser Stelle, Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzugliedern. Klar ist: Je mehr Menschen mit überdurchschnittlichen Einkommen in die Rentenkasse einzahlen, desto besser ist sie aufgestellt.

Mehr Infos zur Rente auch unter https://rente.igmetall.de (QR-Code links)
Ein Video-Interview mit Hans Jürgen Urban (QR-Code rechts)

Was die Beschäftigten wollen

Wir haben gefragt und deutliche Antworten erhalten, was den Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie für die Tarifrunde 2023 wichtig ist.



Wir haben gefragt, sehr viele Kolleginnen und Kollegen in der lippischen Kunststoffindustrie haben geantwortet. Wenig überraschend, sehen gut 70 Prozent der Beschäftigten die Preissteigerungen der vergangenen Monate als sehr belastend an. Daraus leitet sich auch recht unmittelbar ab, dass für die anlaufende Tarifrunde im Vordergrund steht, mehr Geld zu erhalten. Dennoch hat rund ein Drittel der Kolleginnen und Kollegen angegeben, mehr Freizeit ist auch wichtig.

Relativ optimistisch fällt die Antwort auf die Frage aus, ob Kunststoffe komplett nachhaltig hergestellt werden können. Eine Mehrheit von rund 60 Prozent meint, dies sei möglich. Die Mehrheit denkt auch, dass sich ihr Arbeitgeber mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt. Und unabhängig davon, was die Arbeitgeber tun, um Nachhaltigkeit zu erreichen, wollen rund zwei Drittel der Beschäftigten genau das, nicht zuletzt weil sie wissen, dass nicht umgesetzter Klimaschutz die Arbeitsplätze gefährden könnte. Dass die IG Metall nun eine Branchenanalyse durchführt, begrüßen vier von fünf an der Umfrage Teilnehmenden.

»Das Pariser Abkommen hilft dem Klima. Es gefährdet nur dann die Arbeitsplätze, wenn wir die Chancen und Möglichkeiten, die aus mehr Klimaschutz entstehen, nicht ergreifen. Kunststoff kann Nachhaltigkeit. Aber dafür muss viel getan werden. Dazu gehört umfassendes Recycling, dazu zählen Biokunststoffe und der Einsatz grüner Energie in der Erzeugung. Die Wege in die Zukunft sind vorgegeben. Laufen müssen wir aber selbst«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Das Pariser Abkommen

195 Staaten unterzeichneten 2015, die Erderwärmung auf »deutlich unter zwei Grad Celsius« gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, als Ziel sind eine Begrenzung auf 1,5 Grad angegeben. Sonst sind die weitere Zunahme von Hitzeextremen, Starkregen, Dürren und die zusätzlich Erhöhung des Meeresspiegels mehr als wahrscheinlich. Bei der Begrenzung der Erderwärmung geht es also um nichts anderes, als die Erde so erhalten, dass sie für Menschen überhaupt bewohnbar bleibt. Aus dem Pariser Abkommen sind eine Reihe von Folgeabkommen und Maßnahmen entstanden, etwa das Paket »Fit for 55« der Europäischen Union, welches die CO_2-Emissionen stufenweise stärker beschränkt beziehungsweise bepreist. Aktuell lässt sich jedoch sagen, dass die Maßnahmen noch nicht ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen.

Endlich Urlaub

Nicht jede und jeder kommt hierzulande in den Genuss von Urlaubsgeld. Knapp die Hälfte (47 Prozent) aller Beschäftigten hat das Glück – wie das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung in einer neuen Auswertung ermittelt hat.

Ob und wie viel Urlaubsgeld es gibt, hängt unter anderem von der Region, der Branche, der Betriebsgröße und der Berufserfahrung ab. Im Westen ist das Urlaubsgeld in vielen Branchen immer noch höher als in Ostdeutschland. Und je größer der Betrieb, umso eher landet etwas in der Urlaubskasse. Eindeutig ist der Zusammenhang zwischen Tarifbindung und Urlaubsgeld: Wer in einem tarifgebundenen Unternehmen arbeitet, hat eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit für Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Einfach, weil solche Sonderzahlungen Bestandteil der Tarifverträge sind, von den IG Metall-Mitgliedern in den Tarifrunden der vergangenen Jahrzehnte erfolgreich durchgesetzt.

Wir wünschen eine schöne Sommerzeit ohne zu heftige Hitze in den Hallen und Büros und eine schönen Sommerurlaub!

Vorsicht Cartoon!

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Thomas Bergmann, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S.1 DGB, S.2 oben IG Metall / Bernd Röttgers, S.2 unten: pixabay, S.3 unten KantarPublic / IG Metall, S.4 Cartoon Harm Bengen

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG Auch möglich unter **www.igmetall.de/beitreten** Eintrittsdatum T T M M J J J J

Name **Vorname** **Geburtsdatum** T T M M J J J J **Geschlecht** weiblich männlich **Mobiltel.** dienstlich privat **Telefon** dienstlich privat

Straße **Hausnr.** **Land** **PLZ** **Wohnort** **E-Mail** dienstlich privat **Staatsangehörigkeit**

Ich bin Vollzeit beschäftigt Teilzeit beschäftigt in Altersteilzeit Arbeitsphase in Altersteilzeit Freistellungsphase Solo-Selbstständig

Betrieb / Einsatzbetrieb PLZ Ort Personal- /Stammnummer Kostenstelle

Leihbeschäftigte*r mit Werkvertrag befristet von: bis: Verleihbetrieb:

Ich bin derzeit Auszubildende*r Dual Studierende*r Student*in Schüler*in Ferienbeschäftigte*r von: bis: wenn Student*in, Hochschule:

IBAN

durchschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1 % Mitgliedsbeitrag = **Mitgliedsbeitrag**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 % vom durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen. Studierende und Schüler*innen ohne Beschäftigung zahlen 2,05 Euro. Anspruch auf Leistungen besteht nur bei satzungsgemäßem Beitrag.

Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **www.igmetall.de/datenschutz**.

SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Migliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Stand Mai 2022

X Ort/Datum/Unterschrift